

Haider entschuldigt sich bei Muzicant

WIEN: Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hat sich beim Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs, Ariel Muzicant, für ehrverletzende Äusserungen entschuldigt. Mit einer aussergerichtlichen Einigung wurde der seit Monaten schwelende Rechtsstreit beendet. Der rechtsgerichtete Politiker hatte vor einem Jahr in einer Rede gesagt, er könne nicht verstehen, wie jemand namens Ariel «so viel Dreck am Stecken haben kann». Insgesamt 14 anhängige Prozesse wurden eingestellt.

Dazu musste der Kärntner Landeshauptmann gleich fünf «Ehrenerklärungen» für Muzicant abgeben. In einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung entschuldigte sich Haider nicht nur für die «Ariel»-Äusserung, sondern zog auch vier weitere Vorwürfe «mit dem Ausdruck des Bedauerns» zurück, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtete.

So hätte er behauptet, Muzicant habe selbst verfasste Briefe zum Beweis für antisemitische Übergriffe verwendet und sei «Hauptverantwortlicher für die Hetze gegen Österreich» zur Zeit der EU-Sanktionen gewesen.

In einer gemeinsam verfassten Presseerklärung heisst es dazu, Haider habe die «Gefährlichkeit» bestimmter Andeutungen, Wortspiele und Unterstellungen erkannt und ziehe diese deshalb zurück. Darüber hinausgehende Schritte – etwa Gegendarstellungen in den Medien – seien ebenso wenig nötig wie eine persönliche Entschuldigung Haider, meinte Muzicant am Donnerstag. «Es war ja nicht meine Absicht, einen Kniefall zu erreichen.»

Sowohl Muzicant als auch Haider waren am Donnerstag offenkundig um Entspannung bemüht.

Ausweg aus Konjunkturkrise

Weltwirtschaftsforum: schärfste Sicherheitsvorkehrungen in New York

NEW YORK: Unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen hat am Donnerstag in New York das diesjährige Weltwirtschaftsforum begonnen. Ein massives Aufgebot an Polizisten sicherte den Tagungsort, das Waldorf Astoria Hotel. Dort wollen mehr als 3000 Politiker, Manager und Wissenschaftler fünf Tage lang über die Konjunkturkrise und globale Sicherheitsfragen beraten. Die Behörden haben Proteste von Globalisierungsgegnern nur in besonders ausgewiesenen Gebieten gestattet.

Die Lage blieb zunächst friedlich. Am Morgen demonstrierten Anhänger der Meditationsbewegung Falun Gong gegen ihre Unterdrückung durch die chinesische Regierung. Eine Demonstration von Umweltschützern zog mehr Journalisten und Kameraleute an als Teilnehmer.

Das jährliche Treffen fand bisher stets im Schweizer Kurort Davos statt und soll Entscheidungsträgern in aller Welt bei der Einschätzung von Zukunftstrends wie aktuellen Problemen in Wirtschaft und internationalen Beziehungen helfen. Die Verlegung des Weltwirtschaftsforums von Davos nach New York gilt offiziell als Zeichen der Solidarität nach den Terroranschlägen vom 11. September. Daneben gaben aber auch Sicherheitsgründe den Ausschlag für die Entscheidung. Wegen militanter Demonstrationen von Globalisierungsgegnern wurde Davos im vergangenen Jahr weiträumig abgesperrt. Im nächsten Jahr soll das Treffen aber wieder im Engadin stattfinden.

Der frühere New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani erklärte vor Jour-



WEF-Gründer Klaus Schwab vor dem Waldorf Astoria in New York, wo seit gestern das Weltwirtschaftsforum stattfindet.

nalisten, die Konferenz werde sicher über die Bühne gehen. Die New Yorker Polizei sei daran gewöhnt, mit derartigen Ereignissen umzugehen. Giuliani hatte sich sehr dafür eingesetzt, dass die Konferenz in seine Stadt verlegt wird.

Der afghanische Interimsregierungskonferenzchef Hamid Karsal sagte seine geplante Eröffnungsrede ab und reiste stattdessen nach London, um sich mit dem britischen Premierminister Tony Blair zu treffen. Bundeskanzler Gerhard Schröder will am Freitag vor dem

Weltwirtschaftsforum sprechen. Die Konferenz steht unter dem Motto «Leadership in Fragile Times - Vision for a Shared Future» (Führung in schwierigen Zeiten - Visionen für eine gemeinsame Zukunft).

Die New Yorker Polizei bereitete sich mit 4000 Beamten auf die angekündigten Demonstrationen von Gegnern des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Globalisierung im Handel vor. Diese wollen in Manhattan mit mehreren zehntausend Menschen läutstark, aber friedlich gegen das

Treffen protestieren. Geplant sind neben Demonstrationen auch Blockadeaktionen vor dem Eingang zum Hotel Waldorf-Astoria, wo die Teilnehmer des Forums bis kommenden Montag zusammenkommen.

Bereits am Mittwoch wurden Zementbarrieren vor dem Hotel errichtet. Autos wurde die Zufahrt in Strassen der Umgebung verwehrt. Für Donnerstagnachmittag war zunächst eine Demonstration von mehr als 1000 Gewerkschaftern des Dachverbands AFL-CIO angemeldet.

Rivalisierende Paschtunen-Klans

Heftige Gefechte um afghanische Provinzhauptstadt

KABUL: Rivalisierende Paschtunen-Klans haben sich am Donnerstag heftige Gefechte im Südosten Afghanistans geliefert. Laut der afghanischen Nachrichtenagentur AIP wurden bei den Kämpfen um die Stadt Gardes mindestens 38 Personen getötet.

Augenzeugenberichten zufolge standen sich in der Stadt etwa 120 Kilometer südlich von Kabul zwei Paschtunen-Klans gegenüber. Die Verbände des von der afghanischen Übergangsregierung neu eingesetzten Gouverneurs der Paktia-Provinz, Padscha Khan, kämpften dabei gegen Truppen von Klanführer Saif Ullah.

Khans Männern sei es in Kämpfen bislang nicht gelungen, die Provinzhauptstadt Gardes vollständig einzunehmen, erklärte der Bruder des Gouverneurs. US-Kampfflugzeuge kreisten in grosser Höhe über dem Kampfgebiet. Ein örtlicher Militärchef sagte, US-Spezialkräfte seien auch am Stadtrand, würden aber vorerst nicht eingreifen. Bereits am Mittwoch war es zu Gefechten um Gardes gekommen.

Aufstockung der ISAF gefordert

Afghanistans Interims-Regierungschef Karsal bat bei seinem Besuch in London vor dem britischen Kabinett um eine Aufstockung der internationalen Sicherheitskräfte für Afghanistan (ISAF). Karsal hatte vor dem UNO-Sicherheitsrat erklärt, alle Afghanen, mit denen er gesprochen habe, hätten die Sicherheit als Schlüsselfrage auf dem Weg zu Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wiederaufbau bezeichnet. Afghanistan wolle deshalb, dass die ISAF nicht nur in der Hauptstadt Kabul, sondern auch in an-

deren Städten für Sicherheit Sorge.

Keine Zusagen für Militärhilfe

Karsal konnte den britischen Premierminister Tony Blair nicht dazu bewegen, weitere Militärhilfe für Afghanistan zuzusagen. Blair sagte, für eine britische Militärpräsenz in dem Land gebe es Grenzen. Grossbritannien habe jedoch eine «umfassende und anhaltende Verpflichtung» für Afghanistan und seine Bevölkerung. Die Entführer des vor gut einer Woche in Pakistan verschleppten US-Reporters Daniel Pearl drohten mit dessen Hinrichtung: Wenn die USA nicht die in Afghanistan gefangen genommenen pakistanischen Kämpfer freilassen, werde der US-Journalist Pearl getötet. Dies erklärte die bislang unbekannt militante Gruppe «Nationale Bewegung für die Wiederherstellung der Souveränität Pakistans» laut einem Bericht des «Wall Street Journal», dessen Korrespondent Pearl ist.

Anti-Terror-Manöver

Die USA und die Philippinen begannen am Donnerstag ein sechsmonatiges gemeinsames Anti-Terror-Manöver. Daran nehmen rund 600 US-Soldaten teil, darunter 160 Spezialkräfte. Hauptaufgabe der US-Soldaten soll es sein, rund 3800 philippinische Soldaten für ihren Anti-Terror-Einsatz gegen die Moslemrebellin der Abu Sayyaf zu trainieren. Übungsschwerpunkt sind der Umgang mit Nachtsichtgeräten sowie Helikopterflüge bei Nacht. Der Kommandant des US-Kontingents, Donald Wurster, betonte die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten beim Kampf gegen den Terrorismus.

Scharon bedauert Verschonung Arafats vor 20 Jahren

«Tut mir Leid, dass wir ihn nicht liquidiert haben»

JERUSALEM: Israel hätte nach Meinung von Regierungschef Ariel Scharon den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat bei der Invasion im Libanon vor 20 Jahren töten sollen. «Grundsätzlich tut es mir Leid, dass wir ihn nicht liquidiert haben», sagte Scharon in einem Interview der Tageszeitung «Maariv», das in Auszügen am Donnerstag veröffentlicht wurde. Der palästinensische Kabinettsminister Sajeb Erakat erklärte, dies sei ein kaum verhüllter Aufruf zur Ermordung Arafats.

«Wenn er (Scharon) sein Bedauern äussert, Präsident Arafat 1982 nicht getötet zu haben, bedeutet das, dass er seinen Fehler wieder gutmachen will», sagte Erakat. Scharon sagte in dem Interview, das in vollem Umfang am (morgigen) Freitag veröffentlicht werden soll, es habe damals die Vereinbarung gegeben, Arafat bei der Vertreibung der Palästinensischen Befreiungsorganisation aus Libanon am Leben zu lassen. Scharon war 1982 als Verteidigungsminister für die israelische Invasion in Libanon verantwortlich. Scharon hat den Ton gegen den Vorsitzenden der palästinensischen Autonomiebehörde in jüngster Zeit zunehmend verschärft. Seit mehreren Wochen steht Arafat in Ramallah im Westjordanland faktisch unter Hausarrest. Erst wenn Arafat alle von ihm verlangten Schritte unternehme, werde er wieder als Partner im Friedensprozess anerkannt, sagte Scharon im «Maariv»-Interview.

Unterdessen erschossen israelische Soldaten im Gazastreifen zwei Palästinenser, die in der Nähe einer jüdischen Siedlung einen Lastwagen angegriffen

hatten. Die radikale Hamas bekannte sich zu dem Angriff.

Im Westjordanland bei Ramallah verhafteten israelische Soldaten zwei Hamas-Mitglieder. Ihnen wird Beteiligung an anti-israelischen Aktivitäten vorgeworfen. Die Aktion sei die Folge der Weigerung der palästinensischen Autonomiebehörde, Angriffe auf Israel durch die Festnahme von Extremisten zu vereiteln, hiess es in einer Erklärung der Armee. Am Donnerstag starb nach Angaben von Ärzten auch ein 17-jähriger Palästinenser, der in der vergangenen Woche von israelischen Soldaten angeschossen worden war.

Der palästinensische Parlamentspräsident Ahmed Kureia flog unterdessen zu einem Treffen mit dem israelischen

Aussenminister Schimon Peres nach New York, wie aus palästinensischen Kreisen verlautete. Beide Politiker haben sich darum bemüht, eine Vereinbarung über eine Feuerpause und die Aufnahme von Friedensverhandlungen auszuarbeiten. Kureia wird am Montag auch mit US-Aussenminister Colin Powell in Washington zusammentreffen.

In Ramallah im Westjordanland nahmen rund 3000 Menschen an einem Trauermarsch für die 27 Jahre alte Wafa Idris teil, die sich am Sonntag in Jerusalem in die Luft gesprengt und dabei einen 81-jährigen Israeli mit in den Tod gerissen hatte. Es war die erste Selbstmordattentäterin seit dem Beginn der jüngsten Unruhen vor 16 Monaten.



Israel hätte nach Meinung von Regierungschef Ariel Scharon den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat bei der Invasion im Libanon vor 20 Jahren töten sollen.